

20. September 2023

Politisches Signal gegen den Ausbildungsfonds

Delegiertenversammlung tagte zum 17. Mal

Die Ärztekammer Bremen beteiligt sich an der Normenkontrollklage der Handelskammer gegen den Ausbildungsfonds. Das beschloss die Delegiertenversammlung am 18. September 2023 im Veranstaltungszentrum der Ärztekammer. Weitere Themen waren die Erscheinungsfrequenz der Publikation „Kontext“ sowie ein Rückblick auf die Wahlperiode.

In Abwesenheit von Präsident Dr. Johannes Grundmann berichtete Vizepräsidentin Christina Hillebrecht über aktuelle Entwicklungen in Bremen und Berlin. Die Eckpunkte der Krankenhausreform seien sehr vorsichtig formuliert. Die vorgesehenen Neuregelungen sollen zu mehr Spezialisierung und Qualität führen und zugleich die Planungshoheit der Länder wahren. Die Umsetzung in Bremen werde nicht einfach, so Hillebrecht. Zwar seien die Krankenhäuser grundsätzlich dafür, Doppelstrukturen abzuschaffen – es solle möglichst aber nicht ihr eigenes Haus treffen.

Die Regierungskommission Rettungsdienst hat einen Vorschlag zur Neuorganisation der Notfallversorgung vorgelegt. Unter anderem seien eine noch stärker zentralisierte Koordinierung sowie ein „arztfreier“ Rettungsdienst geplant. Notfallsanitäter sollen dann in partieller Substitution mehr Befugnisse erhalten – ähnlich der Organisation des Rettungsdienstes im angloamerikanischen Raum. Die Delegierten kritisierten außerdem, dass das Bundesgesundheitsministerium ohne Not die vom GBA beschlossene Richtlinie zur Ersteinschätzung des Versorgungsbedarfs in der Notfallversorgung beanstandet habe – ein Verfahren, dem eine dreijährige Kompromissfindung unter allen an der Notfallversorgung Beteiligten vorausging.

Klage gegen den Bremer Ausbildungsfonds

Die Bremer Bürgerschaft hatte im März 2023 einen Ausbildungsfonds beschlossen, in den alle Bremer Betriebe gestaffelt einzahlen sollen, um ausbildende Unternehmen zu unterstützen. Der Fonds soll sicherstellen, dass es im Land ausreichend Ausbildungsplätze gibt. Die Ärztekammer hatte als Teil eines Aktionsbündnisses aus 30 Bremer Kammern und Verbänden bereits vergeblich gegen den Fonds protestiert. Die Handelskammer hat nun eine Normenkontrollklage eingereicht. Die Delegierten hatten zu entscheiden, ob sich die Ärztekammer anschließen soll.

Auch wenn der Erfolg schwer vorauszusagen sei, sei es wichtig, ein politisches Signal zu senden. Gerade Arztpraxen seien überaus engagiert in der Ausbildung und böten zahlreiche Ausbildungsplätze. Es gebe aber kaum geeignete Bewerber:innen, um diese Stellen zu besetzen. Die Maßnahmen, die mit dem Fonds finanziert werden sollen, seien zudem sehr unkonkret und wenig zielführend. Es bestehe die Gefahr, dass man mit dem Fonds einen neuen Verwaltungsapparat und vor allem Maßnahmen finanziere, die die mangelhafte schulische Bildung der Bewerber:innen ausgleichen sollen. Eine wirksame Strategie gegen den Fachkräftemangel sei der Ausbildungsfonds jedenfalls nicht. Die Delegierten plädierten schließlich dafür, sich der Klage anzuschließen.

Neuausrichtung KONTEXT

Um die Kammerpublikation KONTEXT ging es im nächsten Tagesordnungspunkt. Ende 2013 entschieden die Delegierten der Ärztekammer Bremen, sich vom Bremer Ärztejournal zu verabschieden. Seit Mai 2014 erscheint seitdem KONTEXT als offizielles Mitteilungsorgan der Ärztekammer. Die zehn Ausgaben pro Jahr bestehen zumeist aus zwölf Seiten und werden etwa hälftig per Post und hälftig per E-Mail als PDF an die Mitglieder verschickt. Nach nunmehr fast 100 Ausgaben wird es aber zunehmend schwieriger, spannende Themen zu finden und diese dann auch mit Bordmitteln umzusetzen. Seit 2022 steigen zudem die Kosten für Druck und Versand kontinuierlich an.

Die Delegierten beschlossen, KONTEXT ab 2024 als Printausgabe nur noch alle zwei Monate erscheinen zu lassen und die Zwischenmonate mit digitalen Angeboten wie einem Newsletter und aktuellen Meldungen auf der dann neugestalteten Homepage zu überbrücken. So verbessert man zudem die Klimabilanz der Ärztekammer und reagiert auf die steigenden Kosten für Druck und Versand.

Beim 127. Deutschen Ärztetag in Essen sind zahlreiche kleinere inhaltliche Anpassungen der Muster-WBO auf Bundesebene vorgenommen worden, die noch nicht alle in Bremisches Recht umgesetzt waren. Dies holte die Delegiertenversammlung nun nach und beschloss einstimmig beim Kompetenzerwerb einiger Facharztbezeichnungen inhaltliche Ergänzungen oder Streichungen.

Rückblick auf die Wahlperiode

Die Wahlperiode neigt sich dem Ende zu. Für die Delegierten war dies ein Anlass, einen prüfenden Blick auf die Anzahl und das Format der Delegiertenversammlungen zu werfen, um so die Arbeit für die kommende Delegiertenversammlung in der nächsten Wahlperiode attraktiv zu gestalten. Während die Juni- und die September-Sitzung festen Regularien folgen, wäre es beispielsweise möglich, die März- und die September-Sitzung in Form und Inhalt etwas freier zu gestalten. So wäre bei Bedarf mehr Raum für politische Diskussionen und inhaltlichen Austausch der Mitglieder. Nach einer kurzen Diskussion sprachen die Delegierten sich dafür aus, die Sitzungen so beizubehalten, wie sie sind, sie aber räumlich möglichst wieder in die KV zu verlegen.

Zum Schluss wies Dr. Heike Delbanco, die Hauptgeschäftsführerin der Ärztekammer, noch einmal darauf hin, dass für den Berufsbildungsausschuss noch stellvertretende Mitglieder, idealerweise aus dem niedergelassenen Bereich, gesucht werden. Der Arbeitsaufwand ist mit maximal zwei Sitzungen pro Jahr recht gering.

Wenn Sie im Berufsbildungsausschuss mitarbeiten möchten, melden Sie sich gerne bei Dr. Heike Delbanco, Tel. 0421/3404-234, heike.delbanco@aekhb.de.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 27. November 2023 um 20 Uhr im Atlantic Hotel Galopprennbahn, Ludwig-Roselius-Allee 2, 28329 statt.